



28.06.2006

Gleichstellungsbeauftragte: Die Kommunalpolitik in Plön handelt armselig

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion **Karl-Martin Hentschel** und seine Stellvertreterin **Angelika Birk** fahren heute aus Anlass der geplanten Abberufung der städtischen Gleichstellungsbeauftragten Maren Wichmann persönlich nach Plön zur Ratsversammlung.

„Die geplante Abberufung reiht sich ein in eine Reihe schon vollzogener und unmittelbar bevorstehender Abberufungen, zum Teil drohen den Gleichstellungsbeauftragten sogar Kündigungen. Und dies nicht, weil sie silberne Löffel geklaut haben, sondern gerade weil sie ihre Arbeit hervorragend gemacht haben,“ empört sich der Plöner Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

„Wir haben im Landtag dagegen gestimmt, gegen die gesetzliche Verschlechterung der Frauenpolitik gestimmt, die es Kommunen unter 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht, sich vor einer unabhängigen und professionellen Gleichstellungsarbeit zu drücken. Die ungewöhnlich eilige Nutzung dieser gesetzlich eingeräumten Möglichkeit erweckt den Eindruck einer Strafaktion gegen die Gleichstellungsbeauftragten, zu deren gesetzlichen Auftrag es gehört, Schwachstellen der Verwaltung aufzuzeigen und konkrete Verbesserungsvorschläge für die Bürgerinnen zu machen sowie für Frauenrechte öffentlich einzutreten.“

Die frauenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion Angelika Birk würdigt Maren Wichmann als wichtige Impulsgeberin für viele Initiativen vor Ort und landesweit: Sie habe in den letzten 15 Jahren entscheidende Beiträge zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet.

„Frau Wichmann hat eine hohe fachliche Anerkennung nicht nur vor Ort, sondern als landes- und bundesweite Sprecherin der Gleichstellungsbeauftragten auch bei großen Fachverbänden, Forschungsinstituten und Ministerien. Von ihrer Arbeit, die deutlich über das Volumen der bezahlten halben Stelle hinausreicht, hat die Stadt Plön, haben insbesondere ihre Bürgerinnen, profitiert. Gemessen an der enormen Leistung der Gleichstellungsbeauftragten handelt die Kommunalpolitik der Stadt Plön ausgesprochen armselig.“